



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Neues Deutschland: BBU positioniert sich verhalten zu geplanter Wohnungspolitik der neuen Koalition

21.11.2016 Fachinformation

In seiner Ausgabe vom 19. November 2016 berichtet das Neue Deutschland über die geplante Wohnungs- und Mietenpolitik der rot-rot-grünen Koalition - so über die Sozialwohnungen, Richtsatzmieten, Neubaupläne und Modernisierungsumlagen. Der BBU steht einigen der bau- und mietenpolitischen Instrumente skeptisch gegenüber. Die Initiative Mietenvolksentscheid, so berichtet das ND weiter, befürchte einen heftigen Widerstand der Wohnungsbaunternehmen und des BBU. BBU-Vorstand Maren Kern wird mit ihrer Forderung zitiert, der Verband fordere Pragmatismus und Praxisorientierung bei der Ausgestaltung der Konzepte ein.

Hier das Original-Statement Frau Kerns zum Koalitionsvertrag der Rot-Rot-Grünen Koalition (vom BBU am 17. November 2016 veröffentlicht):

„Die Koalition hat sich mit dem Vertrag ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm gegeben. Für viele Details sind spezielle Konzepte angekündigt worden, die jetzt gründlich angegangen werden müssen. Bei ihrer Ausgestaltung im Sinne der wachsenden Stadt und ihres enormen Bedarfs an Wohnungen und Infrastruktur wird es auf Pragmatismus und Praxisorientierung ankommen. Dabei wichtige Orientierungspunkte aus unserer Sicht: Schnelle, ergebnisorientierte Verfahren, eine leistungsstarke Verwaltung und ausreichend bezahlbares Bauland. Wichtig ist außerdem, dass der Mittelstand nicht aus den Augen verloren wird.“

<https://bbu.de/beitraege/neues-deutschland-bbu-positioniert-sich-verhalten-zu-geplanter-wohnungspolitik-der-neuen-koalition>